

Offene Worte

Online Nr. 72

Zeitung der LINKEN für den Barnim 13. Dez. 2020, 30. Jahrg.

Corona-Hilfen: Jetzt

LINKE: Land Brandenburg soll Betroffenen das Geld vorstrecken
Sebastian Walter: „Wir brauchen endlich eine langfristige Strategie“

Ab Mittwoch könnte in Brandenburg ein neuer Lockdown gelten. Ab Mittwoch könnte in Brandenburg ein neuer Lockdown gelten. Nach Stand von Samstag Abend will die Landesregierung die Schließung des Einzelhandels (außer Lebensmittel, Apotheken, Buchhandlungen, Baumärkte), Distanzunterricht ab Klasse 7 (außer Abschlussklassen und Förderschulen), Ausgangsbeschränkungen zwischen 22 und 6 Uhr durchsetzen. „Ein erneuter Lockdown ist nicht mehr zu verhindern und richtig“, kommentiert Sebastian Walter, Chef der LINKEN im Brandenburger Landtag. „Aber diese Entscheidung darf nicht wieder dazu führen, dass wir weiter nach dem Prinzip Hoffnung verfahren. Wir brauchen endlich eine langfristige Strategie für einen Umgang mit dem Virus. Auch der Impfstoff wird kurzfristig keine Probleme lösen. Jetzt müssen endlich die Luftfilter eingebaut, der ÖPNV entzerrt und den Menschen eine Perspektive aufgezeigt werden. Bei allen Entscheidungen müssen die wirtschaftlichen, aber auch die individuellen Folgen gesehen und eingegrenzt werden.“

Wichtig ist der LINKEN die Hilfe für die Branchen, die bereits vom Lockdown Light gebeutelt sind.



Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach hatte diese Woche angekündigt, dass die Corona-Hilfen des Bundes erst Mitte Januar oder gar erst im Februar kommen werden.

Sebastian Walter sieht jetzt das Land in der Pflicht: „Seit über einem Monat warten Betriebe und Selbstständige auf Hilfe. Vielen droht die Insolvenz oder sie können ihren Lebensunterhalt nicht mehr finanzieren.“ Die Landesregierung dürfe in dieser Lage nicht länger achselzuckend auf den Bund verweisen, so Walter: „Das Land muss jetzt selbst handeln und denen hel-

fen, die unverschuldet in der Krise stecken. Es soll die Hilfen vorstrecken, bis der Bund endlich in die Puschen kommt – Geld dafür ist im Rettungsschirm vorhanden, jeder Tag zählt!“ Es gehe um knapp 50 Millionen Euro und rund 4.500 Anträge. Diese könnten, so Walter, den Betroffenen vom Land vorgestreckt werden und im Wege einer Abtretungserklärung zurück in den Landeshaushalt fließen, sobald der Bund zahle. „Wir verhindern eine Pleitewelle, ohne dass dem Land ein Schaden entsteht“, fordert Walter dringlich endlich ein Handeln der Landesregierung. (bc)

Ende für Mietpreisbremse?

DIE LINKE schlägt Verlängerung vor, bis alle Details geklärt sind

Die SPD-CDU-Grüne Landesregierung teilte am 10. Dezember im Infrastruktur-Ausschuss des Landtages mit, dass die Mietpreisbremse zum 31. Dezember auslaufen wird, teilte die wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN im Brandenburger Landtag, Isabelle Vandré, mit. Angekündigt sei aber, dass die Mietpreisbremse zum Ende des ersten Quartals 2021 rückwirkend ab Januar wieder eingeführt werden könnte.

Alternativ wird die Linksfraktion in der Landtagssitzung der nächsten Woche vorschlagen, dass die die Verordnungen ab Januar um ein halbes Jahr ohne Unterbrechung verlängert werden bis alle

Details geklärt sind. „Das verschafft uns Zeit, auch für die notwendige Debatte im Parlament“, so Vandré. DIE LINKE hält die Mietpreisbremse für notwendig, sie müsse auf weitere Kommunen ausgedehnt werden. Nach Infos von rbb24 könnte es zwar zur Verlängerung kommen, aber weniger Kommunen betreffen. So könnten im Barnim Bernau, Werneuchen und Ahrensfelde entfallen, dafür jedoch Panketal aufgenommen werden. Dies ist jedoch noch nicht entschieden.

In Brandenburg gilt derzeit noch

die Mietpreisbegrenzungs- und eine Kappungsgrenzenverordnung. Sie begrenzen Mietsteigerungen bei Neuvermietungen auf 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete und bei Bestandsmieten auf 15 Prozent innerhalb von drei Jahren (siehe OWO vom 8.11., 18.11., 2.12.). Im Barnim haben sich die Gemeindevertretung Ahrensfelde und die Stadtverordnetenversammlung Bernau jeweils auf Initiative der LINKEN für die Beibehaltung der derzeitigen Regelungen ausgesprochen. (bc)

Privat vor Staat?

Die Kreiswerke und der Winterdienst auf Kreisstraßen

Der Barnimer Kreistag befasste sich am 2. Dezember mit Dienstleistungsverträgen. Die Kreisverwaltung will damit diverse Tätigkeiten an kreisliche Gesellschaften übertragen, zum Beispiel den Winterdienst auf den Kreisstraßen oder den Bau eines Gebäudes für das Kreisarchiv.

Die „Freien Wähler“ lehnen dies ab. Sie wollen privat vor Staat und verweisen auf die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Dass es auf dem Markt keine Anbieter gibt, die die Aufgaben generell oder zeitnah übernehmen können, ist ihnen egal. Vor allem im ländlichen Raum gibt es erhebliche Schwierigkeiten, den Winterdienst zu gewährleisten. Die Anbieter würden schon kommen, wenn der Kreis sich nicht einmischte. Der Markt regelt das. Irgendwie, irgendwo, irgendwann ...

Oder vielleicht hilft ja auch Eigeninitiative: Morgens zwei Stunden früher aufstehen und einfach mal selbst die Straße zur Arbeit verkehrstauglich machen. Diese Lösung lässt sich zumindest aus dem Dogma „privat vor Staat“ ableiten.

Ralf Christoffers von der Kreistagsfraktion der LINKEN findet diese Sicht auf die Dinge falsch. Die Geschäftsfelder der Firma, die im letzten Jahr vom Kreis übernommen wurde, beschränken sich auf Winterdienst und Instandhaltung. Allerdings schlägt der LINKEN-Politiker vor, dass Aufgaben und Organisationsstruktur der Kreiswerke überprüft werden müssen, das immer mehr Tochter- und Enkelgesellschaften gebildet werden.

Die Mehrheit des Kreistages stimmte der Übertragung des Winterdienstes für Kreisstraßen an die Kreiswerke zu.

Matthias Holz



Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSDP: Sebastian Walter.

nächste OW am
16. Dezember